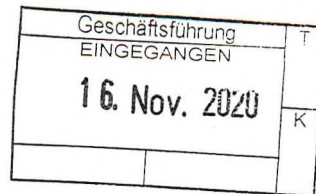


DER LANDRAT DES LANDKREISES BAD DÜRKHEIM

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH
Vorsitz der Geschäftsführung
Herrn Stefan Studt
Eschenstraße 55
31224 Peine



Bad Dürkheim, 03.11.2020

Sehr geehrter Herr Studt,

im Zwischenbericht Teilgebiete gemäß § 13 StandAg stellt die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) im Teilgebiet 010_00TG_193_00IG_K_g_MKZ, in dem auch der Landkreis Bad Dürkheim verortet ist, günstige geologische Voraussetzungen fest, die eine sichere Endlagerung hochradioaktiver Abfälle erwarten lassen. Aufgrund der Lage des Landkreises im Oberrheingraben, sowie der hohen Besiedlungsdichte sind die Bevölkerung und die politisch Verantwortlichen vor Ort durch die Feststellung der BGE sehr beunruhigt. Aus diesem Grund hat sich der Kreistag Bad Dürkheim in seiner Sitzung am 28. Oktober 2020 mit der Thematik befasst und mehrheitlich nachfolgende Resolution verabschiedet:

Kein Atommüllendlager im Pfälzer Wald entlang der Deutschen Weinstraße!

Der Landkreis Bad Dürkheim hat mit großer Verwunderung und Sorge die Veröffentlichung der geologisch möglichen Gebiete für ein Atommüllendlager zur Kenntnis nehmen müssen. Innerhalb unseres Landkreises wurden weite Teile des Pfälzer Waldes entlang der Deutschen Weinstraße als Gebiete mit geologischer Eignung ausgewiesen.

Ein Atommüllendlager in unserer Region ist für uns undenkbar. Hierfür sind für uns zwei Faktoren von entscheidender Bedeutung: Erstens besitzt unsere Region eine sehr hohe Besiedlungsdichte. Zweites sind die seismischen Aktivitäten entlang des Oberrheingrabens unbestritten. Wie man trotzdem von einer geologischen Eignung ausgehen kann ist uns schleierhaft. Der Fall des in Abriss befindlichen AKW Mülheim-Kärlich sei hier nur als Beispiel für die Unmöglichkeit eines solchen Vorhabens genannt.

Wir fordern die Bundesgesellschaft für Endlagerung aufgrund dieser Fakten nachdrücklich auf, unseren Landkreis nicht weiter als möglichen Standort für ein Atommüll-Endlager in Betracht zu ziehen.

Mit gleicher Post habe ich Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel, Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Frau Bundesministerin Svenja Schulze, sowie den Bundestags- und Landtagsabgeordneten unserer Region die Resolution zugesandt.

Mit freundlichen Grüßen

